

Dr. Klaus-Wilhelm Lege

**Bevölkerungsentwicklung in Westeuropa mit
Auswirkung auf Einwanderungsmaßnahmen**

**Vortrag vom 12. 9. 2018
in Buenos Aires (Unitas)**

Bevölkerungsentwicklung in Westeuropa mit Auswirkung auf Einwanderungsmaßnahmen

A. Wachstum der Bevölkerung in der Europäischen Union	3
1. Demografie der Europäischen Union	3
2. Migration innerhalb der Europäischen Union	3
2.1. Maßnahmen der EU zum Bevölkerungswachstum	4
2.2. Bevölkerungspolitik bei begrenzten Ressourcen	4
B. Europa überrascht von der „Völkerwanderung“ in der Flüchtlingskrise	5
1. Patriotismus und Nationalismus	5
1.1. Nationale Identität	5
1.2. Leitkultur und Überfremdung	6
2. Integration und Assimilation in einem toleranten Umfeld	7
2.1. Integration und deren Voraussetzungen	7
2.2. Assimilation	8
3. Deutschland zu Beginn der europäischen Flüchtlingskrise	9
3.1. Angela Merkel: „Wir schaffen das“	9
3.2. Flüchtlingspolitik und Nationalpopulismus in Europa	10
3.3. Einwanderungspolitik und öffentliche Meinung	11

A. Entwicklung der Bevölkerung in der Europäischen Union

1. Demografie der Europäischen Union

Nach Eurostat lebten 2014 in der Europäischen Union – EU ca. 507,5 Mio. Einwohner auf einer Fläche von 4,3 Mio. qkm. Mit 116 Einwohnern/qkm ist die EU eine der am dichtesten besiedelten Regionen der Welt.

Das bevölkerungsreichste Land der EU ist Deutschland mit ca. 82,1 Mio. Einwohnern, aber einer geringen Geburtenrate: 1,50 Kinder/Frau, dagegen EU 1,58, Frankreich 1,96, Portugal 1,31).

In der EU sind 24 Sprachen als Amts- und Arbeitssprachen anerkannt, 18,5 % der EU-Bevölkerung hat als **Muttersprache Deutsch**, 14 % Französisch, 13 % Englisch und 13 % Italienisch.

71,6 % der EU-Bevölkerung sind **Christen**, 4,5 % haben andere Religionen (1,8 % muslimisch); 23,9 % haben keine Religion.

Nach dem Human Development Index von 2015 ist das höchstentwickelte EU-Land Dänemark, danach kommen die Niederlande, Deutschland, Irland und Schweden.

2. Migration innerhalb der Europäischen Union

Die Bürger der EU können ihren Wohnsitz innerhalb der Mitgliedsländer frei wechseln; das machen sowohl junge Menschen zur Arbeitssuche in den wirtschaftlich stärkeren Ländern als auch ältere Menschen wegen des wärmeren Klimas im Süden der EU.

Über die innere Migration hinaus sind in den letzten Jahren mehr Menschen in einige EU-Länder eingewandert als ausgewandert. Da es aufgrund der geringen Anzahl von Geburten kein Bevölkerungswachstum gibt, wird ein positiver Wanderungssaldo in Zukunft der einzige Wachstumsfaktor der Bevölkerung sein.

2.1. Maßnahmen der EU zum Bevölkerungswachstum

Zur Bewältigung des demografischen Rückgangs wurden von der Europäischen Kommission fünf strategische Maßnahmen vorgeschlagen:

- Unterstützung der demografischen Erneuerung durch bessere Bedingungen für Familien und die Vereinbarkeit von **Beruf und Familie**
- Förderung der Beschäftigung, mehr Arbeitsplätze und ein längeres **Erwerbsleben** mit hoher Lebensqualität
- Steigerung der Produktivität und Wirtschaftsleistung durch Investitionen in **Bildung und Forschung**
- Gewährleistung nachhaltiger öffentlicher Finanzen für angemessene **Renten, medizinische Versorgung und Langzeitpflege**
- Aufnahme und Integration von **Migranten** in Europa.

2.2. Bevölkerungspolitik bei begrenzten Ressourcen

Dagegen weisen Vertreter einer pro-aktiven Bevölkerungspolitik darauf hin, dass die Ressourcen des Planeten Erde begrenzt sind und deshalb Krankheiten, Hunger und bewaffnete Konflikte zu immer mehr Todesopfern führen werden, wenn kein Ende des **Wachstums der Weltbevölkerung** eintrete.

Eine solche Politik scheint den heutigen Volksvertretern zu sensibel zu sein, es steht auf keiner Tagesordnung, nicht einmal fern der Öffentlichkeit wird von Politikern darüber gesprochen.

B. Europa überrascht von der „Völkerwanderung“ in der Flüchtlingskrise

1. Patriotismus und Nationalismus

Der **Patriotismus** hat positive Auswirkungen auf das Wohlbefinden des Menschen, er deckt die weltliche Seite des Menschen ab nämlich das Bedürfnis nach Heimat und Gruppen-Zugehörigkeit, was unter anderem in einem glücklichen Familienleben und an Freude bei der Arbeit zum Ausdruck kommt. Ein Volk mit einer starken patriotischen Identität lässt sich in der Regel nicht gegeneinander aufhetzen und von fanatischen Ideologen verführen.

Im Gegensatz zum Patriotismus lebt der **Nationalismus** vom Vergleich mit anderen Nationen. Das kann dazu führen, dass ein Nationalist seine eigene Nation gegenüber anderen positiv herausstellt, was von Patrioten normalerweise nicht gemacht wird. Das übertriebene Herausstellen nationaler Symbole kann zur Abwertung anderer Nationen und zu grenzüberschreitenden Auseinandersetzungen führen.

Schon in der **Aufklärung (1650 – 1800)** wurde mit Berufung auf die Vernunft der Anspruch der Menschen auf **Würde und gleiche Rechte** vertreten, und zwar vorurteilslos und unabhängig von Herkunft, Volkszugehörigkeit, Sprache und Religion.

Dessen ungeachtet haben die vom Volk bedrohten Herrscherhäuser nach den Napoleonischen Kriegen Anfang des 19. Jahrhunderts die **Gegenaufklärung (Restauration)** gefördert, ihre Reiche als Nationen definiert und einen offiziellen Nationalismus eingerichtet, zum Beispiel über die Einführung von Landessprachen.

1.1. Nationale Identität

Als Merkmale zur Zugehörigkeit zum deutschen Volk werden heute vielfach gemeinsame Abstammung und Sprache genannt. Eine **gemeinsame Abstammung** kann aber auch die bewusste Schaffung eines Volkes aus einer vor-staatlichen Gemeinschaft sein und die gemeinsame **Sprache** auch ein Produkt der politischen Herrschaft.

Zur nationalen Identität werden darüber hinaus eine gemeinsame Geschichte sowie Kultur und Religion, auch Wirtschaftsordnung und eventuell gemeinsame Ziele gerechnet. Eine **gemeinsame Geschichte** kann aber zur Herausstellung einer Schicksalsgemeinschaft extra geschrieben sein. Und die **Kultur** braucht nicht aus dem Volk selbst zu kommen, sondern kann von außen vereinnahmt worden sein.

Im Grunde lässt sich eine Nation nicht über Abstammung, Sprache, Kultur und Religion definieren. Das zeigt die **Schweiz** mit drei Sprachen, zwei Religionen, drei oder vier Ethnien.

Wenn die Nation aber nur eine **Vorstellung** ist, ist die nationale Identität beziehungsweise Volkszugehörigkeit eine **Fiktion**. Allerdings können auch Fiktionen reale Gefühle auslösen. Das trifft auch zu auf **Werte und Tugenden** und andere kulturelle Eigenheiten, wie **Sitten und Bräuche**, die einem Volk zugeschrieben werden.

1.2. Leitkultur und Überfremdung

Die heutigen weltweiten Wanderungsbewegungen können sowohl eine Bedrohung für die aufnehmenden Gesellschaften sein, als auch eine Hilfe. Viele Länder werben Einwanderer an, gleichzeitig fürchtet sich aber ihre Bevölkerung vor Einwanderungen, und zwar wegen einer möglichen Überfremdung.

Als **Überfremdung** werden die Einschränkung und sogar der Verlust der eigenen kulturellen Eigenheiten, der Sitten und Bräuche durch unerwünschte Einwanderer angesehen, wie es beispielsweise bei der **Urbevölkerung in den Amerikas** durch die koloniale Eroberung geschehen ist. Eine solche Lage tritt immer dann ein, wenn die Einwanderungsbewegung groß und stark genug ist, um zu dominieren.

Wenn die Einwanderer zahlenmäßig im Verhältnis zur Urbevölkerung überschaubar bleiben, können sie sich integrieren und später auch assimilieren. Es sei denn, sie sind dennoch so stark, dass aus ihrer Einwanderung eine **Vermischung der Kulturen** entsteht und daraus letztlich eine neue hervorgeht, wie zum Beispiel in Ländern wie

Deutschland und Frankreich, wo germanische und römische Kulturelemente im jeweils anderen Land überwiegen.

In einem Einwanderungsland kann es bei einer überschaubaren Einwanderung auch geschehen, dass die ursprüngliche Kultur ihren Leitkultur-Charakter verliert und alle einwandernden Kulturen nebeneinander als gleichberechtigt akzeptiert werden. Ein solcher Entwicklungsprozess kann gefördert werden durch Anhänger einer **Multikulti-Ideologie**, die in der Regel eine kleine Minderheit in der Bevölkerung darstellen.

In Deutschland scheint die Mehrheit der Bevölkerung die bestehende vielseitige abendländische Kultur erhalten zu wollen und folgt damit dem Gedanken einer **Leitkultur**. Das bedeutet, dass ein Europa der bestehenden und über mehrere Generationen entwickelten Kulturen erhalten werden soll.

Dabei wird davon ausgegangen, dass eine zu starke kulturelle Homogenität jede Freiheit erstickt, so wie das auch im Sozialismus/Kommunismus geschieht, der alle Menschen gleichzustellen versucht und damit die Freiheit als höchstes Gut aufgibt.

2. Integration und Assimilation in einem toleranten Umfeld

2.1. Integration und deren Voraussetzungen

Integration heißt Einwanderer aufnehmen, so dass sie ein Teil der Bevölkerung werden, jedoch nicht mit dem Ziel, zwangsweise ihre eigene Kultur aufzugeben. Die **Integration** der Immigranten liegt seit alters her in der Verantwortung derer, die sich als Neuankömmlinge an einem Ort niederlassen und sich danach richten müssen, welche Sitten und Bräuche die ansässige Bevölkerung für wichtig hält, um akzeptiert zu werden. Sie müssen in ihrer neuen Heimat eine Bürgeridentität annehmen.

Voraussetzung für eine Integration von Ausländern sind in der Regel **vergleichbare Wertvorstellungen** und die **vorurteilsfreie Akzeptanz** sowie der Verzicht auf Diskriminierung seitens der aufnehmenden

Gesellschaft. Beide Voraussetzungen scheinen hinsichtlich der muslimischen Immigranten nur begrenzt vorzuliegen.

Sehr viele Deutsche sind zurzeit den Immigranten bei der Integration behilflich, wie das schon immer in Deutschland der Fall war und spätestens 2015 weltweit als **deutsche Willkommenskultur** bekannt wurde. Allerdings genügen zur Unterstützung bei der Integration nicht nur Sprachkurse, Unterbringung und die erforderliche Registrierung und Alimentierung.

Obwohl viele junge Muslime fließend Deutsch sprechen und in der zweiten und dritten Generation viel besser als die Sprache des Herkunftslandes der Familie, sind sie dennoch nicht integriert, weil sie das deutsche Wertesystem nicht anerkennen, das in Sprachkursen nicht vermittelt wird.

Ein angemessenes Integrationsangebot für muslimische Einwanderer, zu dem in Deutschland auch eine Aufklärung über Antisemitismus gehört, gibt es nicht. Deshalb entstehen **Parallelgesellschaften** in deutschen Städten, die von Islamverbänden und Moscheevereinen unterstützt werden.

Nur schätzungsweise **10 % der Muslime** in Deutschland sind beruflich und gesellschaftlich integriert.

2.2. Assimilation

Assimilation bedeutet gegenüber Integration, dass der Einwanderer die Lebensweise der lokalen Bevölkerung und ihre Kultur annimmt, um auf diese Weise die Vorteile der neuen Gemeinschaft wahrzunehmen und seinen Horizont zu erweitern.

Schon durch die Integration können Einwanderer überall in der neuen Gemeinschaft mitmachen. Bei der **Assimilation** machen sie das so, wie es die Mehrheit der jeweiligen Bevölkerung macht.

3. Deutschland zu Beginn der europäischen Flüchtlingskrise

Seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland (1949) übersteigt die jährliche Anzahl der Einwanderer mit wenigen Ausnahmen die der Auswanderer. Trotzdem schrumpft die Bevölkerung in Deutschland, hauptsächlich wegen der geringen Geburtenrate.

Die Emigration von Menschen kann eine Folge lebensbedrohender Entwicklungen in einem Land sein; sie kann aber auch die Hoffnung auf bessere Lebensumstände zum Ausdruck bringen. Im Gegensatz zu früher sind heute durch die Medien mit einer weltumspannenden Kommunikation die Unterschiede in der Lebensqualität der einzelnen Aus- und Einwanderungsländer bekannt.

Deshalb kann die Masseneinwanderung für wirtschaftlich starke Länder zum Dauerereignis werden. Zu den voraussichtlichen Zielländern solcher „Völkerwanderungen“ gehört auch Deutschland.

3.1. Angela Merkel: „Wir schaffen das“

2015 kamen aufgrund der Flüchtlingskrise in Europa **über 1 Mio. Immigranten nach Deutschland**, das dafür nicht vorbereitet war. Trotzdem rief Bundeskanzlerin Angela Merkel: „Wir schaffen das“. Sie hat damit eine existenzielle Entscheidung **obrigkeitsstaatlich** getroffen, was auch deshalb möglich war, weil in Deutschland eine **Kultur des sachlichen Debattierens** (Debating Culture) fehlt.

Dennoch kamen in der Bevölkerung Ängste auf vor einer unkontrollierten Einwanderung aus wirtschaftlich schwachen Ländern, zumal **Armutsfüchtlinge** in großen Familienverbänden leben und bei geglückter Einwanderung ihre Angehörigen nachholen.

Auch wegen der Erfahrung in anderen europäischen Ländern mit großen muslimischen Einwanderungsgruppen, insbesondere Frankreich, wo es **No-go-areas** gibt, in denen **Scharia-Recht** angewandt wird (Paralleljustiz), fürchten sich viele Menschen in Deutschland vor einer unkontrollierten Einwanderung von Anhängern des Islam.

Aufgrund der Rechtslage verdienen Immigranten nämlich nur Asyl nach dem **Grundgesetz** oder Schutz nach der **Genfer Flüchtlingskonvention**. Subsidiär schutzberechtigt sind darüber hinaus auch die Immigranten, denen bei einer Rückkehr in ihre Heimat ernsthafter Schaden drohen würde (z.B. Todesstrafe).

Wohlstandsmigranten zu behandeln, als wären sie Asyl- oder Flüchtlingsstatusberechtigte, verstößt gegen geltende Gesetze.

3.2. Flüchtlingspolitik und Nationalpopulismus in Europa

Da die Unterscheidung von **humanitären Flüchtlingen**, also solchen für eine dauerhafte Aufnahme (Asyl), und **wirtschaftlichen Flüchtlingen** in Deutschland und anderen europäischen Ländern offensichtlich schwierig ist, sind viele Migranten nach Europa gekommen, die insbesondere die Vorzüge des **deutschen Sozialparadieses** genießen wollen, ohne sich den völlig anderen Wertvorstellungen der Deutschen anzupassen. Nicht zuletzt wegen dieser Wohlstandsmigranten haben in den letzten Jahren nationalpopulistische Strömungen in Europa Zulauf erhalten.

In **Großbritannien** stimmte die Bevölkerung sogar in einer Volksabstimmung im Juni 2016 für den Austritt aus der Europäischen Union (Brexit), um auch die Einwanderung von Ausländern mit Unions-Staatsbürgerschaft zu verringern. In **Italien** gab es wegen der EU-Zugehörigkeit Schwierigkeiten bei der Regierungsbildung, auch **Spanien** hatte Koalitionsprobleme.

Auch in **Deutschland** dauerte die Regierungsbildung nach der Flüchtlingskrise länger als sonst, nämlich ein halbes Jahr, und zwar von September 2017 bis März 2018.

Aufgrund der schwierigen Lage einiger Länder in Europa leistet Deutschland den jeweils größten Beitrag zum Unterhalt der europäischen Einrichtungen, ohne dass das zum Beispiel durch die Förderung der deutschen Sprache in den entsprechenden Institutionen gewürdigt wird (Muttersprache Deutsch: 18,5 % der EU-Bevölkerung).

Die Menschen, die früher der CDU angehörten und sich rechts von der Mitte dieser Volkspartei einstuften, haben sich wegen des Fehlens eines rechten Flügels in der heutigen **CDU/CSU** bei einer rechtspopulistischen Oppositionspartei des Deutschen Bundestags „**Alternative für Deutschland – AfD**“ gesammelt. Sie wollen bezogen auf die Immigranten einen Ausgleich zwischen **Fördern und Fordern**, und zwar einen höheren Steuer- und Abgabenbeitrag der Einwanderer bis einschließlich der nächsten Generationen beispielsweise zum Ausgleich der von den Deutschen in vielen Generationen geschaffenen Infrastruktur im Lande.

In der Wirtschaft wird angeregt, einen Ausgleich von den muslimischen Beschäftigten für die leistungsschwache Hungerzeit (**Ramadan**) einzufordern (z.B. durch Urlaub in dieser Zeit), weil sonst die andersgläubigen Beschäftigten benachteiligt werden würden.

3.3. Einwanderungspolitik und öffentliche Meinung

Die mehrheitlich im Laufe der letzten Jahre in die Bundesrepublik Deutschland eingewanderten Menschen gehören zur **muslimischen Weltgemeinschaft von zwei Milliarden Menschen in 57 Ländern**, deren Pflicht es ist, religiöse Vorschriften strikt einzuhalten und die Ungläubigen zum Islam zu bekehren oder sie zu unterwerfen (**Dschihad, Sure 9, 29**), was Länder wie **Ungarn**, das 150 Jahre vom Osmanischen Reich besetzt war, nicht akzeptieren und deshalb aus Erfahrung keine muslimischen Einwanderer aufnehmen. Diese Länder akzeptieren nicht, dass die ewige Aufgabe der Moslems darin besteht, den **Islam als wahre Religion, als alternativlose Monokultur, Kultur Allahs**, in der gesamten Welt einzuführen.

Demokratie, Säkularismus, Rationalität und Pluralismus, die der Islam seit 1.400 Jahren bekämpft, sind einige der Grundlagen des Westens, der **abendländischen christlich-jüdischen Kultur**.

Gegenüber Immigranten wird oft Tolerantsein gefordert, auch gegenüber anderen Minderheiten, aber auch gegenüber Hautfarbe, Geschlecht, Herkunft usw. Das sind zwar gesellschaftliche Ziele, die erstrebenswert, aber eigentlich nicht Gegenstand von **Toleranz** sind; denn das Tolerieren

oder das Nicht-Tolerieren macht hier keinen Unterschied, weil die Tatsache, auf die sich die Forderung nach Toleranz bezieht, bleibt.

Auch eine Meinung kann nicht als intolerabel bekämpft werden, nur eine Handlung. Das Nicht-Tolerierbare kann dann nicht geduldet werden, wenn es die Sphäre von Gedanke und Wort verlassen hat, also **Handlung** beziehungsweise **Delikt** ist.

Toleranz ist keine Tugend, sie ist **Dulden und Ertragen**, also passiv, sie lässt etwas gelten, obwohl es nicht den eigenen Vorstellungen entspricht, zum Beispiel eine Religion oder Weltanschauung.

Es ist bedauerlich, dass in Deutschland nicht einmal in privaten Gesprächen Bedenken gegen die Einwanderungspolitik geäußert werden, obwohl Deutschland dringend eine kritische Islam-Debatte braucht. Aus **Angst vor Diffamierung** und anderen Konsequenzen, wie z. B. als Populist oder gar als Nazi disqualifiziert zu werden, kommt öffentlich fast keine Kritik mehr auf gegen die Einwanderungsbewältigung und die Konsequenzen für das deutsche Volk. Es herrscht eine **Atmosphäre der Selbstzensur**. Dazu tragen auch die muslimischen Verbände in Deutschland bei.

Hier führt offensichtlich die sogenannte **politische Korrektheit** zu einer hochproblematischen intellektuellen Einschüchterung, aufgrund derer sich auch Parteien weigern, eine schlüssige Einwanderungspolitik zu entwickeln, die die kulturellen, ökonomischen und juristischen Bedürfnisse Deutschlands klar definiert.

Während der Flüchtlingskrise hat sich - flankiert von den zujubelnden Medien - eine **Diktatur des vorherrschenden Narrativs** in Deutschland entwickelt, von der niemand abweicht, obwohl der größte Mangel an Demokratie aus der Vorherrschaft einer öffentlichen Meinung entsteht.

Dennoch hat die deutsche **Bundesregierung** in erster Linie für das **Wohl der deutschen Staatsbürger** zu sorgen, für die **Grundwerte der deutschen Gesellschaft** einzutreten und auch alle **Immigranten auszuweisen**, die das deutsche Wertesystem nicht akzeptieren und weder asyl- noch schutzberechtigt in Deutschland sind.

KWL 01.09.2018 (20180912 Unitas) (62/63/72)